

Impressum:

„UNSERE SICHT“ wird von
DIE LINKE.Prignitz herausgegeben. V.i.S.d.P.: Sabine
Ott/KV PR

Redaktion: Harald Krause, Jürgen Hennig -OV Perle-
berg, Sabine Ott - Geschäftsführerin.

Um weitere Redaktionsmitarbeit aus den BO'n wird
ausdrücklich gebeten.

Beiträge bitte an:

DIE LINKE. Prignitz

Bäckerstraße 21

19348 Perleberg oder

Mail: vorstand@dielinke-prignitz.de

Spenden können auf das Konto:

DIE LINKE. Prignitz

KontoNr.: 1404199

BLZ: 160601 22

bei der Volks - und Raiffeisenbank Prignitz eG. über-
wiesen werden.

*Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Mei-
nung des Herausgebers bzw. der Redaktion überein-
stimmen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn
wahrender Kürzungen von Zuschriften vor.*

DIE LINKE. KV Prignitz

OV Perleberg

Kreistagsfraktion

Fraktion in der SVV Perleberg

Bäckerstraße 21

19348 Perleberg

T.03876 300131 / F.03876 300133

Mail: vorstand@dielinke-prignitz.de

fraktion-kreistag@dielinke-prignitz.de

fraktion-perleberg@dielinke-prignitz.de

www.dielinke-prignitz.de

DIE LINKE. Pritzwalk

Fraktion in der SVV Pritzwalk

Bürgerbüro „mittendrin“

Meyenburger Str. 16

16928 Pritzwalk

T./F. 03395 7096406

www.dielinke-pritzwalk.de

Mail: pritzwalk@dielinke-prignitz.de

DIE LINKE. Wittenberge

Fraktion in der SVV Wittenberge

Karl-Marx-Str. 31

19322 Wittenberge

T./F. 03877 403891

www.dielinke-wittenberge.de

MdL Thomas Domres

Bürgerbüro - Mitarbeiterin Sabine Ott

Bäckerstraße 21

19348 Perleberg

T. 03876 616840 / F. 03876 616841

T. 0331 9661536 / F. 0331966 1507

Mail: dialog@thomas-domres.de

www.thomas-domres.de

MdL Dieter Groß

Wahlkreisbüro - Mitarbeiter Christian Richter

Marktgasse 2 - 16909 Wittstock

T. 03394 4997064 /Fax 4997065

T. 0331 966 1526 im Landtag

Mail: ra.gross@gmx.de

MdB Dr. Kirsten Tackmann

Bürgerbüro „LINKS-ECK“

Mitarbeiter - Hartmut Buschke

Wilsnacker Str. 1 - 16866 Kyritz

T. 033971 32857 / F. 033971 32893

T. 030 22774308 / F. 030 22776308

Mail: kirsten.tackmann@bundestag.de

www.kirsten-tackmann.de

Die Redaktion wünscht erholsame

Urlaubstage



UNSERE SICHT

Infoblatt des Kreisverbandes Prignitz für Mitglieder und Sympathisanten

Ausgabe 2 / 2012

DIE LINKE.

Sie wollen DIE LINKE einen!

Die Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger

Katja Kipping: „Für Menschen, die in unserem Land keine Lobby mehr haben!“

„Vielleicht ist das, was ich einbringen kann, die Vision einer erneuerten LINKEN, der Aufbruch in Richtung neue LINKE und vielleicht auch - den Wettbewerb um die Lautstärke werde ich nicht gewinnen-, vielleicht den Wechsel in der Tonlage kann ich einbringen in das Projekt unserer gemeinsamen Partei.“ Diese Worte wählte Katja Kipping und wurde anschließend zur neuen Vorsitzenden unserer Partei ge-

wählt. Noch vor ein paar Wochen stand sie nicht für die Wahl zur Vorsit- zenden zur Verfügung, denn so kurz nach der Ge- burt ihrer Tochter hatte die 34- jährige Dresdnerin eine andere Lebenspla- nung. Als Mitglied der PDS zog Katja bereits mit 21 Jahren als jüngste Ab- geordnete in den Sächsi- schen Landtag ein. Im sel- ben Jahr wurde sie Vize- vorsitzende der PDS, 2005 zog sie dann über die Lan-



Foto: dpa / Julian Stratenschulte

desliste in den Bundestag ein und ist Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit und Soziales. **Bernd Riexinger: „Lasst uns eine starke LINKE aufbauen.“**

Noch am Freitag musste Bernd Riexinger als Geschäftsführer des ver.di- Bezirks Stuttgart die Zerschlagung des Schlecker-Konzerns hinnehmen. Am Samstag wurde er in Göttingen zum neuen Vorsitzenden der LINKEN gewählt. Riexingers politische Heimat ist die Gewerkschaftslinker. Als Betriebsrat bei der Leonberger Sparkasse und später Hauptamtlicher bei der HBV organisierte der bundesweit kaum bekann- te Gewerkschaftssekretär ab Ende der neunziger Jahre ein Netzwerk kritischer Kol- legen. Erst 2004 entschied er sich auch für den parteipolitischen Weg. Die 2004 gegründete WASG wurde für ihn die „Partei links von der SPD“, ohne die es nicht mehr ging. Der gelernte Bankkaufmann war erst Vorstandsmitglied der baden- württembergischen WASG und wurde dann Landessprecher der LINKEN in BW.

Die Linke startet Plan B

„Der ökologische Umbau kann nur dann gelingen, wenn er durchgehend als soziales und demokrati- sches Erneuerungsprojekt angelegt ist. Ohne soziale Gerechtigkeit bleiben öko- logisches Wirtschaften und eine nachhaltige Le- bensweisen leere Verspre- chen. Statt immer mehr Reichtum für wenige Menschen, wollen wir ein gutes Leben für alle. Das bedeutet eine Umvertei- lung von Vermögen, Ar- beit, Zeit und Einkommen und eine grundlegende Änderung der Geschlech- terverhältnisse“, so Cor- nelia Möhring, 1. Stellver- tretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, im Vorfeld des Rio-Gipfels auf dem nächste Woche über „green economy“ als Lösung der globalen Um- welt- und Klimafrage ge- sprochen wird. „Hierzu haben wir das Projekt „PLAN B – Das rote Pro- jekt für den sozial- ökologischen Umbau“ ins Leben gerufen. Es legt nicht nur einen Schwer- punkt auf die Demokrati- sierung der Gesellschaft, sondern ist auch als Betei- ligungsprojekt angelegt.“

Ein neuer Aufbruch für DIE LINKE

Erklärung der Gesamtmitgliederversammlung vom 21. Juni 2012

Der Göttinger Parteitag war eine Zäsur für DIE LINKE. Die Partei hat eine neue Führung gewählt und unter schwierigen äußeren und inneren Bedingungen den Zusammenhalt bewahrt. Die Gründung einer geeinten und gesamtdeutsch agierenden LINKEN war vor fünf



Jahren die Konsequenz aus gemeinsamen Zielen und Kämpfen, aus Erfolgen, aber auch aus den Opfern, Niederlagen und Irrtümern der politischen Linken in den letzten Jahrzehnten. Es war in den letzten Monaten vor allem die Basis unserer Partei, die dieses Erbe bewahrt hat.

Wir brauchen eine Kultur des Zuhörens und der Debatte sowie eine stärkere Mitgliederbeteiligung

Die LINKE. Prignitz unterstützt den neugewählten Parteivorstand und ist zuversichtlich, dass die angesprochenen Probleme gelöst und die artikulierten Sorgen über den Zustand der Partei ernst genommen werden. Unsere Unterschiede machen uns dann stark, wenn wir voneinander lernen und wieder politikfähig werden. Die Gesamtmitgliederversammlung unterstützt ausdrücklich das 120 Tage Programm der Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger nach dem Göttinger Parteitag und die dazu eingeläutete breite Debatte über den weiteren Kurs in der Partei.

Die Stärkung der gesamtdeutschen Partei ist Aufgabe aller, die in Bund, Ländern und Kommunen Verantwortung in der LINKEN und für DIE LINKE tragen

Der Kreisverband Prignitz wird seinen Beitrag für die Stärkung einer gesamtdeutschen LINKEN leisten. Dazu zählen u.a. die Vorbereitung der vor uns liegenden Wahlkämpfe, die Fortschreibung der Kommunalpolitischen Leitlinien, wieder eine stärkere Hinwendung zu den Problemen der Bürgerinnen und Bürger und eine weitere Zusammenarbeit mit den Partner-Kreisverbänden in den alten Bundesländern.

Wir sind optimistisch, dass mit dem jetzt eingeschlagenen Weg die LINKE gestärkt und ihre Alternativen zu den wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und politischen Missständen in den Mittelpunkt der künftigen Arbeit gestellt wird.

Karlsruhe, bitte übernehmen

Über ESM und Fiskalpakt wird nun vom Bundesverfassungsgericht entschieden

Am Freitag um 22.43 Uhr ging das Fax nach Karlsruhe raus – noch bevor der Bundesrat den ESM und Fiskalpakt verabschiedet hatte. Der Inhalt: Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung, die es dem Bundespräsidenten untersagt, die beiden Gesetze zu unterzeichnen, und zwei Klagen. Absender: Die Linkspartei.

Dass sich die Klagen genau zu diesem Zeitpunkt auf ihren Weg



zum Bundesverfassungsgericht machten, hatte laut Hans-Peter Schneider, einem der beiden Prozessbevollmächtigten der LINKEN, rein technische Gründe. Denn verschicken wollte er das Schriftstück schon nach dem Beschluss des Bundestags früher am Abend. Doch erst um 22.43 Uhr sei er durchgekommen. Wahrscheinlich habe Gauweiler die ganze Zeit vorm Fax gestanden, frotzelt Gregor Gysi mit Blick auf den CSU-Politiker, der ebenfalls angekündigt hatte, in Karlsruhe zu klagen. Peter Gauweiler jedenfalls hat das Fax nicht blockiert, seine Verfassungsbeschwerde gab in der Nacht ein Bote an der Pforte des Verfassungsgerichts ab.

von Markus Drescher

Herzliche Glückwunschn unseren Geburtstagskindern

im Monat Juni

Torsten Dorn
Traute Dux
Ingrid Fastnacht
Bernd-Hans Friede
Ida Großmann
Horst Hentschel
Steffen Liebenow
Günter Liebmann
Ilse Löbel
Doris Mair
Lars Pohle
Bernd Polte
Ralf Pomorin
Gisbert Rosenau
Manfred Specht
Wolfgang Strutz
Roland Weber
Michaela Zwerner

im Monat Juli

Margrit Bahlke
Christa Conradt
Thomas Domres
Dietrich Flachs
Hilmar Gliesche
Siegfried Gräber
Karl-Heinz Hochschultz
Günter Jänicke
Annett Klützke
Christian Rehfeld
Astrid Rogalski
Ingrid Seidel
Günter Sengbusch
Helga Winterfeldt



im Monat August

Harry Brehmer
Günther Roesler
Waltraud Dreger
Marlies Dziedzinski
Frank Döring
Wolfgang Eberwein
Manfred Fink
Susanne Puls
Mario Pöpplau
Erhard Rauhöft

Margit Schneider
Wilhelm Strutz
Ingeborg Uhde
Ewald Warning
Horst Neumann

Günter Rodegast
Sebastian Glockzin
Hans Groenewegen
Klaus Herpich
Helga Krause

Termine

22.08.

18.00 Uhr - Kreisvorstandssitzung in Pritzwalk, Meyenburger Str. 16

03.09.

17.30 Uhr - Fraktionssitzung Kreistag Prignitz in Perleberg, Bäckerstr. 21

03.09.

18.00 Uhr - Fraktionssitzung SVV Perleberg, Bäckerstr. 21

05.09.

18.00 Uhr-SVV Perleberg, Rathaus, großer Sitzungssaal,

06.09.

17.00 Uhr-Kreistagsitzung in Perleberg, Aula Gymnasium in der Wilsnacker Str.,

10.09.

18.00 Uhr -Fraktionssitzung SVV Wittenberge in Hinzdorf

12.09.

18.00 Uhr - SVV Pritzwalk , Kulturhaus

20.09.

Sprechtage MdB Dr. Kirsten Tackmann
10.00 bis 11.30 Uhr in Pritzwalk, Meyenburger Str. 16
13.00 bis 14.30 Uhr in Perleberg, Bäckerstr. 21
15.00 bis 16.30 Uhr in Wittenberge, K.-Marx-Str. 31

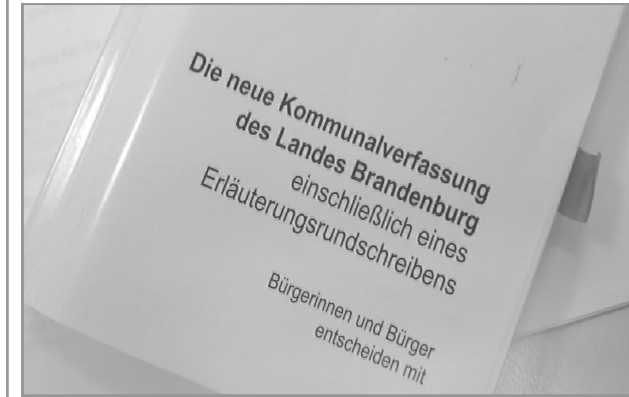
26.09.

18.00 Uhr-SVV Wittenberge, Rathaus- Sitzungssaal,

Warum Neuwahlen in Perleberg?

Wir haben es uns in der Fraktion nicht leicht gemacht, in der Stadtverordnetenversammlung (SVV) diesen Vorschlag zu unterbreiten. Uns ist sehr bewusst, dass dieser Vorschlag für Diskussionen sorgen wird.

Das Kernproblem ist, ob ein von den Bürgerinnen und Bürgern direkt gewählter Bürgermeister durch eine einfache Mehrheit in der SVV abgesetzt, ihm die Ausübung der Dienstgeschäfte verboten und ihm die Ernennung zum Bürgermeister aberkannt werden kann. Die Fraktion DIE LINKE hat dazu eine klare Position. Die Bürgerinnen und Bürger haben das zu entscheiden und deshalb haben wir einen Bürgerentscheid in die Diskussion gebracht, der von den Fraktionen FDP, CDU und SPD nicht gewollt war.



Ein zweiter Grund ist, dass das Vertrauensverhältnis zwischen den Fraktionen und der Verwaltungsspitze stark beschädigt ist und die Bürgerinnen und Bürger nach unserer Wahrnehmung kein Verständnis mehr für das, was in der SVV passiert, haben. Die SVV verliert zunehmend Ansehen und Akzeptanz in der Bevölkerung. Die Außendarstellung der Arbeit der SVV, das Klima innerhalb der SVV und die Arbeitsweise der SVV sind katastrophal. Da werden Kommunalverfassung und Geschäftsordnung wesentlich verletzt. Da wird

in der Öffentlichkeit mit haltlosen Unterstellungen agiert, die Abwahl des Vorsitzenden öffentlich angekündigt, ein Tagesordnungspunkt zur Abwahl beantragt ohne einen entsprechenden Antrag oder eine Begründung vorzulegen, es wird auch schon die Wahl eines neuen Vorsitzenden beantragt und dann die Anträge unbegründet zurückgezogen und dann dauert es mehrere Monate, bis ein neuer Vorsitzender gewählt wird. Da werden Vorlagen von FDP, SPD und CDU fehlerhaft, unvollständig und nicht fristgemäß eingebracht und mit Mehrheit durchgeboxt. Höhepunkt war dann die letzte Sitzung, in der gleich drei Beschlussvorlagen unvollständig waren. Die Stadtverordneten sollten verschiedene Dokumente im nichtöffentlichen Teil der Sitzung zur Kenntnis nehmen und bestätigen. Diese Dokumente lagen den Beschlussvorlagen nicht bei und somit auch der SVV nicht vor, wurden aber in namentlicher Abstimmung von FDP, SPD und CDU zur Kenntnis genommen. Wie kann ich etwas zustimmend zur Kenntnis nehmen was ich nicht kenne? Es werden der Fraktion Schreiben und Informationen vorenthalten, es finden Treffen der Fraktionsvorsitzenden von SPD, CDU und FDP im Büro des stellv. Bürgermeisters während der Dienstzeit statt, zu denen DIE LINKE Fraktion nicht eingeladen wird. Die SVV wird bei der Erarbeitung der Stellungnahmen nicht einbezogen und bekommt selbst die Stellungnahmen nicht oder nur stark verspätet zur Kenntnis. Das alles hat mit einer ernsthaften und vertrauensvollen Arbeit in der SVV nichts zu tun.

Dies waren nur einige Punkte, die aber treffend die Arbeitsweise und den Umgang in der SVV darstellen. So ist eine sachgerechte Arbeit im Interesse der Stadt und der Bürgerinnen und Bürger nur schwer möglich.

Thomas Domres (MdB), Fraktionsvorsitzender



**Für Frieden und Toleranz -
24 h Lauf in Wittenberge am 30./31.08. 2012
im Clara - Zetkin - Park
Beginn / Ende: 9.30 Uhr**

Seit 2004 beteiligen sich die Stadt Wittenberge und die Region alle zwei Jahre am „24 h Lauf“, um ein Zeichen für Frieden und Toleranz zu setzen. Dafür werden viele Teilnehmer gebraucht, da die Laufstrecke 24 h belegt sein muss.

Bitte meldet euch unter 03876 300131.

Menschenrechte gelten auch hinter Gefängnismauern

Justizminister Dr. Volkmars Schöneburg im Interview



Der Brandenburgische Justizminister, Dr. Volkmars Schöneburg (DIE LINKE), macht bundesweit Schlagzeilen. Liegt es daran, dass erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik ein Linker dieses Ressort in einem Land führt? Oder liegt es an seiner „linken Justizpolitik“?

S: Im Fokus meiner Arbeit steht die Resozialisierung. Natürlich muss jeder Täter seine Strafe bekommen. Doch bloßes Wegsperrn hilft niemandem. Stichworte sind: Menschenwürdige Unterbringung, Ausbildung, Arbeit hinter Gefängnismauern sowie Chancen für die Wiedereingliederung in die Gesellschaft eröffnen.

Dies scheint aber nicht so gut anzukommen; Bevorzugung von Straftätern, Vernachlässigung der Opfer – das wird Ihnen vorgeworfen.

S: Unsinn! Ich unterstütze die Opferberatung und -hilfe jedes Jahr mit hohen sechsstelligen Beträgen. Daneben gilt: Ein resozialisierter Täter ist der beste Schutz für die Gesellschaft und für alle gelten Menschenrechte gleichermaßen.

Zu großer Aufregung hat Ihre Forderung geführt, dass Langzeitverurteilte bereits nach fünf Jahren Hafturlaub erhalten könnten?

S: Zunächst einmal ist das nicht meine alleinige Forderung; zehn Bundesländer haben sich auf einen Musterentwurf zum Landesstrafvollzugsgesetz verständigt. Dass sich die Empörung gegen mich richtet, hat wohl etwas mit meinem Parteibuch zu tun.

Was bewog die Justizminister zu der Fünf-Jahres-Regel?

S: Zur Klarstellung: Gefangene sollen die Chance erhalten, nach fünf Jahren einen Antrag zu stellen. Die Bewilligung eines Langzeitausganges erfolgt erst nach einer strengen Einzelfallprüfung. Grundidee des Musterentwurfs insgesamt ist der verfassungsrechtlich vorgegebene Resozialisierungsanspruch. Die Wissenschaft sagt uns, dass spätestens nach vier bis fünf Jahren im Gefängnis eine Desozialisierung einsetzt. Dadurch kommt man draußen vielfach nicht mehr klar. Die Folge sind erneute Straftaten. Gerade als LINKER will ich dem begegnen und den Verfassungsauftrag ernst nehmen.

Sie haben sich gegen den Warnschussarrest für jugendliche Straftäter ausgesprochen.

S: Aus meiner Sicht ist diese schwarz-gelbe Idee ein untaugliches, populistisches Pseudo-Sanktionsinstrument. Einsperren sollte insbesondere bei jungen Menschen nur das letzte Mittel sein. Viel besser wäre eine kluge Sozialpolitik nach Maßstäben der sozialen Gerechtigkeit.

Beim Thema Sicherungsverwahrung zeigt der LINKE Justizminister auch ein eigenes Profil. Warum?

S: Das Bundesverfassungsgericht hat mit seiner Entscheidung im Mai 2011 meine kritische Haltung zur Sicherungsverwahrung bestätigt. Die Politik geht z. T. in eine falsche Richtung. So gehört die Sicherungsverwahrung bei Verurteilungen nach Jugendstrafrecht ausnahmslos abgeschafft. Dies habe ich bereits im Dezember 2010 im Bundesrat gefordert. Besonders jugendliche Täter müssen erzogen, gebildet und geformt werden. Der Jugendstrafvollzug ist primär am Erziehungsgedanken ausgerichtet! Die Beibehaltung der Sicherungsverwahrung ist dagegen systemwidrig und verbaut Jugendlichen jegliche Chancen.

Das Interview führte das MdB

Gelungenes Sommerfest in Wittenberge

Wie in jedem Jahr feierte der Ortsverband der Partei „DIE LINKE.“ Wittenberge das traditionelle Sommerfest. Zahlreiche Besucher fanden bei strahlendem Sonnenschein den Weg in die Kleingartenanlage „Waldfrieden“. Als Gäste konnten wir die Bundestagsabgeordnete Dr. Kirsten Tackmann, den Landtagsabgeordneten Thomas Domres sowie Politiker des Landkreises und der Kommune begrüßen. Natürlich war der Göttinger Parteitag mit seinen Ergebnissen immer wieder Gesprächsthema. Eine große Mehrzahl der Parteimitglieder und auch der parteilosen Besucher äußerte die Hoffnung, dass der neugewählte Parteivorstand sowie dessen Vorsitzende die Möglichkeit erhalten, ihre Vorhaben zu realisieren und das auf dem Erfurter Parteitag mit großer Mehrheit beschlossene Programm umzusetzen. Desgleichen sehen viele Menschen die Zukunft der LINKEN nur in einer gesamtdeutschen Partei, die hoffentlich bald zu konstruktiver Sacharbeit zurückfindet. Natürlich ist das Zusammenwachsen von Ost- und Westlinken mit ihrer unterschiedlichen Geschichte ein komplizierter Prozess, bei dem auch Meinungsverschiedenheiten ausgetragen werden und nach Lösungswegen gesucht werden muss.

Auf wenig Zustimmung traf die Aktion des Kreistagmitglieds Ralf Pomorin.

Auf dem Sommerfest informierten Mitglieder des Aktionsbündnisses „Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ sowie der Bund deutscher Antifaschisten „VVN BdA Prignitz“ an Infoständen. Auch die Bürgerinitiative „Prignix“ warb für Beteiligung an ihren Vorhaben gegen Atomkraft und für erneuerbare Energien.



Nicht unerwähnt sollen die Auftritte der Gruppe „Golden Kubes“, die beim SOS- Talentewettbewerb den ersten Platz belegt hatte, bleiben. Die Jumpstyletanzgruppe, ebenfalls aus dem Jugendfreizeitzentrum, erfreute die Besucher mit herzerfrischenden Beiträgen. Sie hatten wohl zu recht beim Talentewettbewerb den 3. Platz belegt und außerdem den Publikumspreis erhalten.

Bei Kaffee, Kuchen und Bratwurst vom Grill verging ein schöner Nachmittag mit anregenden Gesprächen und guter Laune.

Wir bedanken uns herzlich bei allen aktiven Genossinnen und Genossen, bei den Kleingärtnern, dem Jugendfreizeitzentrum

„Würfel“, dem Kreisvorstand der Partei „DIE LINKE.“ sowie vielen weiteren Unterstützern, die zum Gelingen unseres Festes beitrugen und hoffen auf eine weitere gute Zusammenarbeit.

„Arbeitsgruppe Sommerfest“ beim OV „DIE LINKE.“ Wittenberge

Inklusion: Leitlinien für die Bildungspolitik

Der Artikel 24 der UN - Behindertenrechtskonvention (UN - BRK) vom 13. Dezember 2006 wurde von Deutschland am 30. März 2007 unter Zustimmung aller Bundesländer einstimmig ratifiziert.

Dieses bedeutet, dass die Vertragsstaaten sich verpflichtet haben, Kindern mit Behinderungen den Zugang zu einem inklusiven, hochwertigen und unentgeltlichen Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen zu ermöglichen. Die UN-BRK erhebt damit die inklusive Bildung für Menschen mit Behinderung zum Menschenrecht. Bisher erhalten in Deutschland nur 15 % aller behinderten Kinder die Möglichkeit eines gemeinsamen Unterrichts an einer allgemein bildenden Schule. Das muss sich ändern! Auch Kinder mit Migrationshintergrund besuchen überdurchschnittlich spezielle Förderschulen in denen sie oft keinen qualifizierten Schulabschluss erwerben. Um inklusive Bildung zu ermöglichen, müssen die Bildungssysteme alle Kinder erreichen.

Die frühkindliche Bildung ist so zu gestalten, dass den verschiedenen Bedürfnissen der Kinder flexibel angepasst werden können und allen soll ermöglicht werden, in einem gemeinsamen Unterricht voll am schulischen Leben teilzuhaben. Es gibt viele Gründe, Bildungssysteme inklusiv zu gestalten: Pädagogische, soziale, ökonomische und eine Verbindung zwischen inklusiver Bildung und qualitativ hochwertiger Bildung. Um dieses alles umsetzen zu können, muss sich auch die Lehrerbildung umstellen und wohl auch grundlegend ändern. In den skandinavischen Ländern ist die Lehrerbildung so gestaltet, dass das Studium auch eine Ausbildung beinhaltet, die den



inklusive Anspruch voll erfüllt.

In Deutschland ist diese Ausbildung in der Umgestaltung und es wird sicherlich noch einige Zeit dauern, bis alle Lehrer voll befähigt sind den Gedanken: „Alle sind gleich und alle sind verschieden, und keiner wird ausgeschlossen“ in hoher Qualität umsetzen können.

Die Lehrgewerkschaft GEW Brandenburg hat über die Umsetzung der inklusiven Bildung beraten und u.a. folgende Standpunkte:

- Umsetzung des inklusiven Bildungssystems
- personelle und sächliche Voraussetzungen müssen uneingeschränkt zur Verfügung stehen
- langfristige finanzielle Voraussetzungen
- inklusive Bildung geht nicht zum Nulltarif

Inklusion wendet sich gegen jegliche gesellschaftliche Tendenz, Menschen an den Rand der Gesellschaft zu drängen! (Quellen: UNESCO, GEW Brandenburg)

H. Krause

Ein Höhepunkt des Jahres - Fest der Linken und 54. ND-Pressfest

Vom 15. - 17.6. fand das alljährliche Doppelfest in der Kulturbrauerei Berlin-Prenzlauer Berg statt. Polit-Talk mit prominenten Gästen, Konzerte, eine Literaturwerkstatt und ein Kinderfest standen auf dem Programm. Außerdem hatten viele Verlage und Institutionen Informationsstände aufgebaut.

Es ist fast unmöglich alle Veranstaltungen zu besuchen. Hervorheben möchte ich den Programmpunkt: Auf der roten Couch - Gregor Gysi im Gespräch mit Harry Rowohlt.

Harry Rowohlt, bekannter Übersetzer und auch als Schauspieler in der „Lindenstraße“ oft zu sehen. Beide Gesprächspartner, ein eingespieltes Team, warfen sich die „Gesprächsbälle“ nur so zu. Es wurden amüsante Anekdoten aus dem Leben von Harry Rowohlt erzählt und er schilderte u.a. sein Verhältnis zum väterlichen Verlag. Sein 49-prozentigen Anteil am Verlag habe er verkauft und kann gut davon leben.



Das Programm umfasste 20 Gesprächsrunden, Lesungen und Vorträge. Ein weiteres hochinteressantes Thema war: Linker Aufbruch in Lateinamerika- Leitbild für die LINKE?

Eine Podiumsdiskussion von Cuba Si mit Valter Polar (Brasilien), Salim Lamrani (Lateinamerika- und Kubakenner) und weiteren Experten zeigten auf, wie die linken Parteien in Lateinamerika gegen die von den USA ausgehenden Machtinteressen kämpfen. Wenn der linke Einfluss in der Karibikregion weiter fortschreitet, dann kann sich die politische Situation zum Vorteil der Menschen verändern.

Es war ein verregneter Tag, aber zum Thema Lateinamerika schien die Sonne!

H. Krause

Der Mensch hat dreierlei Wege klug zu handeln: durch Nachdenken ist der edelste, durch Nachahmen der einfachste, durch Erfahrung der bitterste.

Konfuzius